



ver.di, NGG, AWO, VdK und SoVD fordern als Bündnispartner „Soziales Deutschland“ Politik gegen die Armut

# Stimmen für den Mindestlohn

**Ein Bündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden will im Wahljahr der Forderung nach einer Politik gegen die wachsende Armut in Deutschland Nachdruck verleihen. Hauptanliegen der fünf Organisationen mit insgesamt mehr als fünf Millionen Mitgliedern ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes.**

Hinter dem „Bündnis soziales Deutschland – Stimmen für den Mindestlohn“, das sich Anfang März mit einer Pressekonferenz in Berlin vorstellte, stehen die Gewerkschaften ver.di und Nah- und Fernverkehrs-Gewerkschaften (NGG), die Arbeiterwohlfahrt (AWO) sowie die Sozialverbände VdK und SoVD.

Das Bündnis unter Federführung von ver.di will nach den Worten von ver.di-Chef Frank Bsirske für einen Politikwechsel eintreten und „in der tiefen Wirtschaftskrise ei-

nen anderen Akzent setzen“. Sonst drohe der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft zu zerbrechen. „Wer Milliarden für bankrotte Finanzinstitute bereitstellt, (...) der sollte dafür sorgen, dass die Löhne und Renten auch zum Leben reichen“, sagte Bsirske.

Auch der Sozialverband Deutschland fordert seit Langem einen gesetzlichen Mindestlohn. Vor dem Hintergrund, dass der Niedriglohnssektor in Deutschland inzwischen dramatische Ausmaße erreicht hat und fast jeder vierte Beschäftigte für einen Niedriglohn arbeitet, forderte SoVD-Präsident Adolf Bauer ein Ende dieses Missstandes: „Niedriglöhne führen geradewegs in die Altersarmut: Minilöhne führen im Alter zu Minirenten. Mindestlöhne sind daher ein wichtiger Baustein zur Verringerung von Altersarmut.

*„Minilöhne führen im Alter zu Minirenten“*

*Armut wird an vielen Stellen sichtbar*

Alter nicht zum Sozialamt geschickt werden.“

Niedriglöhne führten auch zu Kinderarmut, so der SoVD-Präsident. Denn Niedriglöhne träfen nicht allein die Arbeitnehmer, sondern auch deren Familien und ganz besonders die Kinder: „Niedriglöhne bedeuten auch, dass Kinder in Armut aufwachsen.“

Wie dramatisch die Situation für viele Menschen und zunehmend für Kinder in Deutschland ist, zeigen die Fakten, auf die die Bündnispartner in ihrem Aufruf für ein „soziales Deutschland“ hinweisen: Bereits 15 Millionen Menschen in Deutschland leben in Armut. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen Jahren ständig vergrößert. Zwei Millionen Menschen arbeiten „zu Hungerlöhnen“ von fünf Euro oder weniger. Weit



Foto: XXXXX XXXXXXXXXXXX

**Gemeinsam gegen Armut (v. li.): NGG-Chef Franz-Josef Möllenberg, Wilhelm Schmidt, Präsident des AWO Bundesverbandes, VdK-Präsidentin Ulrike Mascher, NGG-Chef Franz-Josef Möllenberg, ver.di-Chef Frank Bsirske und SoVD-Präsident Adolf Bauer.**

## Bündnis soziales Deutschland



Equal Pay Day am 20. März

# Gemeinsam gegen Lohnungleichheit



Fotograf: Marc Brinkmeier

Frauen erhalten durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Gegen diese Ungerechtigkeit protestierten am 20. März, dem Equal Pay Day, Frauen in ganz Europa. Die rote Tasche stand dabei symbolisch für die roten Zahlen in den Geldbörsen der Frauen. Auch SoVD-Mitglieder demonstrierten in vielen Städten.

**Protestierten am 20. März gegen Lohndiskriminierung vor dem Brandenburger Tor: Edda Schliepack (Bundesfrauensprecherin des SoVD, 5. v. re.) und Ilse Junge (Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Bremen, 6. v. li.).**

Foto: Schlemmer

Betreuung von Langzeitarbeitslosen soll erst nach Bundestagswahl neu geregelt werden

# Streit um Jobcenter auf Eis gelegt

**Die Unionsfraktion will die Betreuung von Langzeitarbeitslosen erst nach der Bundestagswahl neu regeln – und kippt damit einen Kompromissvorschlag. Die vom Verfassungsgericht geforderte Reform der Jobcenter ist offenbar für diese Legislaturperiode gescheitert.**

Der Vorstand der Unionsfraktion lehnte das von Sozialminister Olaf Scholz (SPD) ausgearbeitete Konzept mit großer Mehrheit ab; die Union wolle die Reform, die nach Vorgaben des Verfassungsgerichts bis Ende 2010 abgeschlossen sein muss, erst nach der Bundestagswahl im Herbst in Angriff nehmen, hieß es dazu.

Scholz hatte zuvor sein Konzept in langwierigen Verhandlungen bereits mit den Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) und Jürgen Rüttgers (CDU) abgestimmt, die im Auftrag der Länder verhandelten. Dieses sah eine Grundgesetzänderung vor, um aus den für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zuständigen Jobcentern eigene Körperschaften öffentlichen Rechts zu machen. Bislang arbeiten unter dem Dach der Jobcenter die Arbeitsagenturen und die Kommunen zusammen. Das Verfassungsgericht hatte dies als unzu-

lässige Mischverwaltung gerügt.

Nach dem Nein der Fraktionsspitze liegt die Reform bis zur Bundestagswahl auf Eis. Die Ministerpräsidenten, die sich für das Projekt ausgesprochen hatten, sind verärgert.

Der Sozialverband Deutschland kritisiert, dass die Reform der Jobcenter nun erst nach der Bundestagswahl erfolgen soll. Es ist aus Sicht des SoVD gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und steigender Arbeitslosenzahlen unverantwortlich, die Reform der Jobcenter auf die lange Bank zu schieben. Der SoVD fordert die Union auf, den Weg für eine Lösung freizumachen. „Politischer Streit darf nicht auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen ausgetragen werden“, erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer. Es sei entscheidend, dass die Langzeitarbeitslosen auch künftig aus einer Hand betreut würden. Fraktionsgeschäftsführer Norbert

Röttgen (CDU) hatte die Ablehnung mit sachlichen und verfassungsrechtlichen Erwägungen begründet. Röttgen sagte, es habe „massive Kritik der Praktiker“ gegeben.

Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung erwägen einige Ministerpräsidenten nun, den Kompromissvorschlag als Bundesratsinitiative einzubringen. Das würde dazu führen, dass es zum Start des Bundestagswahlkampfes zu einer zentralen Machtprobe zwischen den CDU-geführten Ländern und der Unionsfraktion kommen könnte, weil eine solche Initiative im Bundesrat und im Bundestag zu Abstimmungen führen würde, deren Ausgang ungewiss wäre. Nach Informationen der SZ wächst zudem nun intern die Kritik an Angela Merkel. Sie habe in mehreren Gesprächen mit Fraktionsspitze und Länderchefs nicht erkennen lassen, was sie selbst für richtig halte, hieß es.

über 1 Million Beschäftigte erhalten zusätzliche Leistungen der Grundversicherung.

Die Bündnispartner der Kampagne für einen flächendeckenden Mindestlohn zeigen auf, wo die Armut sichtbar wird: in den Suppenküchen und Obdachlosenasylen, auf den Straßen, in den Bussen und Bahnen, wo Menschen betteln, in den Kindertagesstätten, wo Kinder ohne Essen hinkommen, in den Schulen, wo sich Jugendliche keine Schulbücher leisten und an Klassenfahrten nicht teilnehmen können. Und nicht zuletzt: „Armut zeigt sich auf den Fluren der Arbeits- und Sozialämter, in den Stadtteilen und mehr und mehr auch in den Senioren- und Pflegezentren.“

Der Präsident des AWO-Bundesverbandes, Wilhelm Schmidt, forderte im Rahmen der gemeinsamen Pressekonferenz der Bündnispartner, Mindestlöhne dürften keine Höchstlöhne werden. NGG-Chef Franz-Josef Möllenberg sagte, nach dem Rettungsschirm für die Banken sei es nun Zeit für einen Rettungs-

schirm für die Menschen. VdK-Präsidentin Ulrike Mascher forderte für das Arbeitslosengeld II eine Erhöhung von 351 auf 435 Euro monatlich. Für die Kampagne „Bündnis soziales Deutschland – Stimmen für den Mindestlohn“ wurden zwei Plakatmotive entwickelt, die die Themen „Mindestlohn und Kinderarmut“ bzw. „Mindestlohn und Altersarmut“ zum Inhalt haben. Die Plakate werden nicht allein in Verbandszeitungen veröffentlicht, sondern auch auf Großplakaten in acht Städten und im Lesezirkel, der häufig in Arztpraxen ausliegt.

Auch für die einzelnen Geschäfte werden Plakate gedruckt. Sobald das fertige Druckmaterial vorliegt, wird es den SoVD-Gliederungen in einem Info-Paket zugesandt. Informationen über die Kampagne, über die wir in den kommenden Ausgaben fortlaufend berichten werden, erhalten Mitglieder und Interessierte auch auf der SoVD-Internetseite [www.sovd.de](http://www.sovd.de) bzw. auf der Kampagnenseite [www.mindestlohn09.de](http://www.mindestlohn09.de).

## Frohe Ostern!

Ostern steht wieder vor der Tür. Hat dieses Fest auch seine Ursprünge im Heidentum, so feiern die Christen am Ostersonntag die Auferstehung von Jesus Christus. Die in diesen Tagen gerade bei Kindern wieder sehr beliebten Ostereier dienten früher als Opfergabe, sie wurden vergraben, verschenkt und gegessen.

Der Osterhase gelangte zuerst im Elsass, in der Pfalz und am Oberrhein zu Popularität. Hasen wurde das Verstecken von Eiern angedichtet, weil sie im Frühjahr vielfach zur Futtersuche in die Dörfer zogen. Dieser Umstand scheint vor gut 300 Jahren die Fantasie der Menschen beflügelt zu haben und die Legende vom Osterhasen entstand.

Dabei ist der Hase keinesfalls das einzige Tier, dem das Verstecken von Eiern unterstellt wurde: Im westfälischen und hannoverschen Raum dachte man lange Zeit, dass der Fuchs die Eier brachte, in Schleswig-Holstein, Oberbayern und in Österreich schrieb man diese Aufgabe dem Hahn zu, während man in Thüringen hierfür den Storch verantwortlich machte. Die Schweizer dagegen glaubten an den Osterkuckuck. Woran immer auch Sie glauben mögen:

**Im Namen des SoVD wünscht die Redaktion der SoVD-Zeitung allen Lesern ein entspanntes Osterfest und angenehme Feiertage!**



Grafik: Herrndorff